

II-2448 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 10. Juli 1973

No. 1388/J

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Frauscher, Helga Wieser, Glaser, Steiner und Genossen

an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Maßnahmen gegen die Abwanderung von Arbeitskräften aus den westlichen Grenzgebieten.

Die vier westlichen Bundesländer Österreichs erleiden seit einigen Jahren einen ständig zunehmenden Verlust an heimischen Arbeitskräften durch deren Abwanderung ins benachbarte Ausland. Dieser Sog hat bereits ein Ausmaß angenommen, welches die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft in den westlichen Bundesländern ernstlich beeinträchtigt.

Im Juni 1971 wurde von der Stellvertreterkommission der österr. Raumordnungskonferenz ein Unterausschuß eingesetzt, der sich mit der Auswirkung der Entwicklung im bayrischen Raum auf Österreich zu befassen hatte. In diesem Unterausschuß wurde von den Vertretern der westlichen Bundesländer eine Reihe von Vorschlägen für Maßnahmen des Bundes erstattet, durch welche die Auswirkungen der Abwanderung von Arbeitskräften in das Ausland gemildert werden könnten. Diese Maßnahmenvorschläge wurden jedoch von den Vertretern der einzelnen Bundesministerien fast zur Gänze abgelehnt. Dementsprechend konnte der Unterausschuß in seiner abschließenden Sitzung am 26. März 1973 auch zu keinem positiven Ergebnis gelangen. Einigung wurde lediglich über eine umfangreiche Problemdarstellung gefunden, während die Maßnahmenvorschläge der Ablehnung durch die Vertreter des Bundes verfielen. Der Unterausschuß der Stellvertreterkommission der österreichischen Raumordnungskonferenz "Auswirkung der Entwicklung im bayrischen Raum auf Österreich" ist sohin praktisch ergebnislos geblieben. Auch die österreichische Raumordnungskonferenz selbst kam in ihrer Sitzung am 27. Juni 1973 zu keinen zielführenden Beschlüssen. Die in dieser Sitzung von Landeshauptmann Dr. Wenzel nochmals geforderten Maßnahmen des Bundes gegen die Abwanderung von Arbeitskräften wurden von den Vertretern

- 2 -

der Bundesregierung endgültig abgelehnt.

In Anbetracht dieser Haltung des Bundes muß es verwundern, daß das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mit Schreiben vom 21. Mai 1973 einer Reihe von Betrieben im Raum Schärading mitteilte, daß es die Probleme, die aus der Abwanderung von Arbeitskräften resultieren, sehr ernst nehme und bemüht sein werde, in direkten Kontakten mit den Betrieben im Grenzgebiet diesen bei der Erlangung begünstigter Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere für Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen behilflich zu sein. Es wurden den Betrieben in diesem Schreiben von seiten des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zum Teil Hilfsmaßnahmen zugesagt, gegen die sich der Vertreter dieses Bundesministeriums im Unterausschuß der österreichischen Raumordnungskonferenz unter ausdrücklicher Berufung auf Weisung des Herrn Bundesministers mit Entschiedenheit ausgesprochen hat.

Es nimmt ferner Wunder, daß das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie derartige Kontakte und Beratungstage lediglich für die Betriebe im Raum von Schärading - also im oberösterreichischen Grenzgebiet gegenüber Bayern - abzuhalten beabsichtigt, obwohl die Abwanderungsproblematik im gleichen Umfang auch in den Grenzgebieten der Bundesländer Salzburg, Tirol und Vorarlberg besteht.

Die unterzeichneten Abgeordneten können sich des Eindrucks nicht erwehren, daß für die Beschränkung der Beratungstätigkeit des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie auf den oberösterreichischen Grenzraum die Festsetzung der Wahlen zum oberösterreichischen Landtag auf den Oktober maßgebend waren, da in den anderen westlichen Bundesländern die Landtagswahlen erst zu späteren Zeitpunkten stattfinden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie folgende

- 3 -

A n f r a g e :

- 1) Ist der Herr Bundesminister entgegen der Haltung der Vertreter seines Ministeriums im Unterausschuß "Auswirkung der Entwicklung im bayrischen Raum auf Österreich" der österreichischen Raumordnungskonferenz nunmehr der Meinung, daß in den von der Abwanderung betroffenen westlichen Bundesländern zur Milderung von deren Auswirkungen Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung der Betriebe vor allem besondere in finanz- und kreditpolitischer Hinsicht erforderlich sind ?
- 2) Welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen wird der Herr Bundesminister im Rahmen seines Ressorts für die von der Abwanderung betroffenen Betriebe in den westlichen Bundesländern demnächst treffen ?
- 3) Beabsichtigt der Herr Bundesminister, die Kontaktnahme und die Abhaltung von Beratungstagen für Unternehmungen in Anbetracht des nahenden Termines der Wahlen zum oberösterreichischen Landtag nur im oberösterreichischen Grenzgebiet abzuführen und will er derartige Beratungstage in den anderen westlichen Bundesländern erst zu jenem Zeitpunkt abhalten, zu dem auch in diesen Bundesländern Landtagswahlen bevorstehen ?